



Rundfunk-Sender lud Bubis aus

Nach den Krawallen von Berlin: MDR brüskiert Sprecher der deutschen Juden

DIE WELT

JOURNALISMUS
ANTISEMITISMUS IM
ÖFFENTLICH-
RECHTLICHEN
FERNSEHEN

2020-10-09 | KLAUS D. MINHARDT | SCHREIBE EINEN
KOMMENTAR



Frankfurter
Rundschau

Antisemitismus im öffentlich-rechtlichen Fe...
djv-bb.de

https://taz.de · Archiv

Zuviel Jüdisches - taz.de

14.12.1994 — Latenter Antisemitismus im MDR-Funkhaus Magdeburg? Wenn Rechtsradikale jüdische Friedhöfe ...

Antisemitismus hat im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine lange Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht. Siegfried Zimmermann hat das für das deutsch-israelische Onlinemagazin haOlam.de kommentiert.

Der Bundespräsident und das Geheimnis des „antisemitischen“ Kugelschreibers

Steinmeier erhielt bei Antrittsbesuch 2018 offizielles Geschenk aus Werkstatt von MDR-Journalist Heiner Tognino - Unter Verdacht antisemitischer Haltung

Bundespräsident Steinmeier schreibt mit Wildstift

Zu seinem Antrittsbesuch in Sachsen-Anhalt bekam Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein ganz besonderes Geschenk. Die Präsidentin des Landtages, Gabriele Kluge, schenkte ihm einen historischen Kugelschreiber aus 1900-jährigen Schichten. Das Holz stammt aus dem Geschichte des deutschen Reiches, der Zedern, die im Harzgebiet vorkommt und, die Königsgemeinde Köthen hat aus einem Bienen-Schneckenhaus in der Mansfelder Weinbahn in Schmalbeck verarbeitet lassen. Ein Teil des Erbes bleibt in die Kirchenorganisation ein. Der Bundespräsident war sehr beeindruckt, zumal seine individuelle Unterschrift mit dem Bundespräsident in dem Stift eingraviert ist. Er vergrahnt der Landtagspräsidentin dankt die höchsten Geistes zu schenken.



https://haolam.de · Deutschland · Jo...
Antisemitismus-Vorwürfe:
Journalisten fragen - der mdr
schweigt - HaOlam
25.10.2020 — Auf der Grundlage unserer
Berichterstattung hat Hans Werner Conen einige
Fragen an den mdr gestellt - und eine vielsagende ...

Jüdische „Freie“ abgewiesen - Was wusste die Landtags-Präsidentin? - Sachsen-Anhalts Probleme mit Antisemitismus - Vor Halle-Attentat keine nachweisliche MDR-Problem-Berichterstattung - Haseloff stoppte Gebührenerhöhung für Öffentlich-Rechtliche - FDP fordert im Wahlprogramm klares Signal gegen weitere Zwangs-Abgaben

Reportage von Heinrich Maria Unmuth zu Hohenwald, Leipzig

https://www.haolam.de · artikel_43379

Judenverfolgung: „Graubereich“ MDR - HaOlam

12.01.2021 — Judenverfolgung: „Graubereich“ MDR ... Die Redewendung von drei Affen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, ist allseits bekannt.



http://djv-bb.de · wie-offen-arbeitet...

Wie antisemitisch arbeitet der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR ...

09.10.2020 — ... Antisemitismus-Bekämpfung im MDR-Programm? Bundespräsident Steinmeier, selbstverständlich der Ministerpräsident und ...

taz archiv

taz. die tageszeitung	vom 14.12.1994
Medien	S.14
VON EBERHARD LÖBLICH	
4733 Zeichen ~ ca. 153 Zeilen	PDF
Ausgabe 4493	

Zuviel Jüdisches

Latenter Antisemitismus im MDR-Funkhaus Magdeburg?

Wenn Rechtsradikale jüdische Friedhöfe verwüsten, ist das gewalttätiger Antisemitismus. Latenter Antisemitismus findet sich dagegen in allen Schichten der Bevölkerung - auch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind dagegen nicht gefeit. Etwa das Magdeburger Funkhaus des Mitteldeutschen Rundfunks.

Da moniert zum Beispiel der Ressortleiter Aktuelles/Landes-

OFFENES BUCH

NIE VERGESSEN, WAS UNVERGESSEN BLEIBT

Gewidmet dem HOHEN HAUS,

dem neuen Landtag von SACHSEN-ANHALT

gewählt durch den WILLEN des VOLKES

Repräsentant seiner vielfältigen

BÜRGERINNEN und BÜRGER

gebunden an RECHT und GESETZ

(Autor: Joachim Kühne, Magdeburg)

Prolog

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen bürgerschaftlich engagierter und im demokratischen Spektrum beheimateter Mitstreiter möchte ich Sie eindringlich auf ein Phänomen hinweisen, das uns bereits seit Jahren unter dem Stichwort „Alltäglicher Antisemitismus in Sachsen- Anhalt“ bewegt, verfolgt und immer nachdenklicher werden läßt „Nicht vergessen, was unvergessen bleibt“ - nach diesem Motto handeln wir, und wir bitten Sie, uns auf diesem Weg zu begleiten.

Mit diesem Text geben wir Ihnen einen Überblick, welche Gefahren und zugleich welche unerträglichen Versäumnisse - vor allem im Bereich politischer Aufklärung und versagender öffentlich - rechtlicher Medien - uns Tag für Tag begegnen.

Die folgenden Medien - Analysen sollen Ihnen darlegen, in welcher Weise besonders der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) seine staatsvertragliche Pflicht zu Information, Aufklärung, Sensibilisierung und Teilhabe aller gesellschaftlichen Kräfte einschließlich der Jüdischen Gemeinden versäumt, ja negiert - und Journalisten um ihre Existenz gebracht hat, die sich zum Beispiel für jüdische Themen streitbar einsetzen.

Zahlen sagen, wenn es um einen „großen Graubereich“, wie der Antisemitismus - Beauftragte des Landes, Wolfgang Schneiß, dieses Phänomen nennt, nichts: Es geht um Angst, Unruhe, Unsicherheit und steigende, systematische und gezielte Verunsicherung unter den allenfalls 1300 jüdischen Mitbürgern im Land.

Bei den Corona-Protestzügen der Unbelehrbaren in den vergangenen Wochen gab es zahlreiche antisemitische Aufrufe, Droh-Transparente und eine Flut antijüdischer Ergüsse in der Haß und Aggressionen bebenden sozialen Medien - unkontrolliert, unkontrollierbar.

Umso stärker hätte sich - folgt man seinem von Politik und Gesetz vorgegebenen Auftrag - der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) durch erhellende, informative, an Vernunft und Anstand appellierende Sendungen dem grassierenden Antisemitismus im Land entgegenstemmen müssen.

Das Gegenteil ist der Fall: Bis zur Bluttat von Halle gab es - vom Sender unwidersprochen - bei Nachfragen in der Mediathek wie beispielsweise „Jüdisches Leben“ in der Regel die stereotype Antwort **„Ihre Eingabe ergab keinen Treffer“**.

Die folgende Dokumentation illustriert zudem auf beeindruckende Weise, wie Führungspersonal des von Zwangseinnahmen der ungefragten Seher und Hörer nicht ärmlich le-

benden, viertgrößten Senders der ARD - Familie selbst hochqualifizierte und sachkundige Mitarbeiter aus dem Programm drängten. Als Beispiel sei hier an das Schicksal von Bärbel Jacob erinnert, der Judaistik - Expertin des MDR im Bereich Magdeburg. Immer wieder strich der zuständige, später in die Funktion des Fernsehchefs in Magdeburg beförderte Heiner Tognino ihre Angebote aus dem Programm, spitzelte ihr gar in der Jüdischen Gemeinde nach.

Ein Mann, der offenkundig das absolute Vertrauen der heute noch schaltenden und waltenden MDR - Spitze genoß - sonst wäre gewiß der Arbeitsgerichtsprozeß, den Bärbel Jacob gegen den MDR anstregte, überflüssig gewesen. Man entschied nach Aktenlage - eiskalt und allein nach dem kalten, juristischen Vorbringen des MDR.

Gibt es Reue oder gar eine Geste der Entschuldigung angesichts derlei unmenschlicher Überheblichkeit, Gleichgültigkeit und Unverstand? Oder eine Gedenktafel für die Patriotin Bärbel Jacob am Funkhaus am Winterhafen? Gewiß nicht!

Aber - wer weiß - eines Tages eine Mahnwache ...

Sehr geehrter Damen und Herren dieses HOHEN HAUSES,

Sie werden sich in den kommenden Monaten gewiß mit Fragen rund um die von Sachsen-Anhalt abgelehnte und

damit gescheiterte Erhöhung der Zwangsgebühren im öffentlich-rechtlichen Bereich kritisch beschäftigen.

Die Liberalen (FDP) hob gar das Thema einer neuen Struktur des offenkundig überholten Systems des öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ihr Programm für die Bundestagswahl im September.

Stoff genug dazu soll Ihnen die folgende Zeit-Reise durch kritische Kommentare unterschiedlichster Medien zu antisemitischen „Verdachtsfällen“ im MDR an die Hand geben.

Hier beginnt eine Dokumentation der Medien-Beiträge, die sich seit den Gründertagen des Senders (der sich heute mit tinglelnden Schlagerrevuen und wenig politischer Professionalität mühsam über den medienpolitischen Wassern hält) mit offenkundig gewollten oder leichtfertig übersehenen antisemitischen Tendenzen im Sender beschäftigen.

Zuviel Jüdisches

Die kritische Bestandsaufnahme begann bereits in den frühen Neunziger Jahren, als sich die radikal - kritische, aber stets faktensichere TAZ durch ihren Korrespondenten Eberhard LÖBLICH auf die Recherche - Reise begab:

taz  archiv



taz. die tageszeitung

vom 14.12.1994

Medien

S.14

VON **EBERHARD LÖBLICH**

4733 Zeichen ~ ca. 153 Zeilen

PDF

Ausgabe 4493

Zuviel Jüdisches

■ Latenter Antisemitismus im MDR-Funkhaus Magdeburg?

Wenn Rechtsradikale jüdische Friedhöfe verwüsten, ist das gewalttätiger Antisemitismus. Latenter Antisemitismus findet sich dagegen in allen Schichten der Bevölkerung – auch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind dagegen nicht gefeit. Etwa das Magdeburger Funkhaus des Mitteldeutschen Rundfunks.

Da moniert zum Beispiel der Ressortleiter Aktuelles/Landes-

<https://taz.de/Zuviel-Juedisches/!1529306/>

(Artikel 1)

Antisemitismus im Öffentlich- Rechtlichen Fernsehen

In einem umfassenden, ausführlichen und faktenreichen Beitrag beschäftigte sich das deutsch-israelische Nachrichtenmagazin „HaOlam - Nachrichten für Israel, Deutschland und die Welt“ im Herbst 2020 durch ihren Mitarbeiter Siegfried Zimmermann mit dem offenkundigen Problem und seinen schwerwiegenden Folgen. Die Überschrift lautete:

[djv-bb.de › antisemitismus-im-oeffentlich-rechtlichen-f...](#) ▼

Antisemitismus im öffentlich-rechtlichen Fernsehen - DJV ...

09.10.2020 — **Antisemitismus hat im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine lange Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht. Siegfried Zimmermann hat das ...**

Die Zeit heilt keine Wunden:

**Fragen um Antisemitismus im Mitteldeutschen Rundfunk
- Studie belegt Bedrohungsgefühl bei jüdischen Bürgern -
Juden wollen keine Geburtstagspost, weil Davidstern auf
dem Umschlag - Prozeß gegen Halle-Attentäter beleuchtet
die Szene - Zeugen geben Hoffnung - Analyse fordert
Netzwerk von Journalisten für jüdische Themen**

Kommentar von Siegfried Zimmermann

Es sind, nicht nur wegen Corona, dunkle Zeiten: In Magdeburg steht in diesen Tagen der 27jährige Doppel- Mörder von Halle bei zugleich 68fachem Mordversuch (nach Eing-

ständnis) vor Gericht: Jüdische Mitbürger - in Sachsen-Anhalt und nicht nur dort - fühlen sich knapp ein Jahr nach der Blut-Tat in ihrem Lebenskreis nicht mehr sicher. Fragen stellen sich laut und vernehmlich: Bleiben oder Gehen? Der zuständige Fachmann in der Staatskanzlei der Landesregierung Wolfgang Schneiß spricht von einem „großen Graubereich“. Probleme über Probleme - und eine notwendige Rückblende auf Vorgänge im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR): Weit zurück zwar, aber mit dem Verdacht auf einen unterschweligen Antisemitismus im Hauptsender dieses Bundeslandes behaftet? Eine provozierende Vorstellung - aber die Frage lässt sich nur schwer vermeiden.

Beginnen wir, wie alle Märchen beginnen:

Es war einmal...

Zu Beginn der 90er Jahre - die neuen Länder, wie sie leicht distanzierend heißen - etablieren sich allmählich. Die ARD nimmt den „Mitteldeutschen Rundfunk“ als immerhin viertgrößte Anstalt in die wohlbetuchte Sender-Familie auf. Da gelangten gleichsam über Nacht - mit Karriere-Chancen aus den westlichen ARD- Regionen angelockt - journalistische Aufbauhelfer in hohe Positionen. Mit An- und Welt- Sichten, die garantiert - damals wie heute - keineswegs unbestritten waren und sind.

Ja, gar befremdlich.

Vorab: Es muss nichts heißen, aber im digitalen Zeitalter, das binnen Sekunden auf jeden Klick seinen Computer-Inhalt preisgibt, schon ein merkwürdiges Phänomen - wenn der IT-ferne Laie schlicht in der MDR-Mediathek nachfragt: Frei nach „Faust“ - wie haltet ihr es als Sender mit dem jüdischen Leben im Lande? Aber auf die drei Stichworte „MDR-Sendungen über jüdisches Leben“ oder „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt“ oder „MDR sendet über jüdisches Leben“ kommt - raten Sie mal! - die dreifach lapidare Antwort: **„Ihre Suche ergab keine Treffer“...**

Zufall, falsches Stichwort, überforderte Mediathek?

Mag sein, aber seltsam, sehr seltsam schon.

Erstaunlich insofern, als sich der Sender offenbar mit den bestürzenden Auswirkungen von Denkweisen und Ansichtssachen zum Thema „Judentum in Sachsen-Anhalt“ recht aktuell durchaus Gedanken macht: Mit Stand „19.Oktober 2019, 11 Uhr 26“ stellte der anhaltinische Funk - wenige Tage nach dem Drama von Halle - die Ausarbeitung einer MDR-Journalistin zum Begriff „Antisemitismus“ ins Netz. Sie schrieb einleitend:

„Antisemitismus ist ein Problem in Sachsen-Anhalt. Das hat der Anschlag von Halle auf schreckliche Art gezeigt. Doch zunehmend bedroht fühlt sich die jüdische Gemeinschaft schon länger: durch subtilen Antisemitismus, der sich schwer erfassen lässt.“ Die Studie gibt dem zuständigen Ansprech-

partner für jüdisches Leben in der Magdeburger Staatskanzlei (also der Regierungszentrale), Wolfgang Schweiß, mit einer deutlichen Feststellung das Wort: „Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat bereits vor dieser Tat signalisiert, dass sie beunruhigt ist und Antisemitismus zunimmt.“ Es gebe dabei einen „großen Graubereich“.

Dann führt er drei, sehr konkrete Beispiele auf, die den Leser bei der Lektüre erstarren lassen:

„Das Banner mit der Aufschrift `Otto braucht eine Synagoge` in Magdeburg muss mittlerweile mit einer Sicherheitskamera bewacht werden, weil es öfter abgerissen wurde. In Halberstadt hörte ich, dass es Gerüchte gibt wie `Reiche Juden kaufen die Innenstadt`.

Beispiel Nummer 3: Ein Mann bat seine Gemeinde, ihm keine Geburtstagskarte mehr zu schicken, weil auf dem Umschlag ein Davidstern abgebildet sei - und er nicht wollte, dass seine Nachbarn wissen, dass er Jude sei.“

Und dies alles bei lediglich 1350 Juden in Sachsen-Anhalt - weniger als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung...

Da lohnt es wohl - nach der erstaunlicherweise misslungenen Nachfrage nach „jüdischem Leben“ im MDR - ins Archiv zu greifen. Und siehe - das Märchenhafte nimmt kein Ende - es erscheint eine Story des Magdeburger TAZ-Korrespondenten Eberhard Löblich von Ende 1994 mit der Schlagzeile

„Zuviel Jüdisches“ - ohne Fragezeichen, wohlgerichtet. Die Unterzeile fragt provokant „Latenter Antisemitismus im MDR-Funkhaus Magdeburg?“ Und fährt - offenkundig unwidersprochen - im Detail fort, was sich im Sender am idyllischen Elbe-Winterhafen zutrug:

„Da moniert z.B. der Ressortleiter Aktuelles/ Landespolitik, `dass die Anzahl der Sendungen zum Thema Israel/Juden möglicherweise zu oft im Programm` sei.“ So jedenfalls - so die TAZ - habe es im Protokoll einer Ressortleiter-Sitzung gestanden. Der Ressortleiter habe später von `Massierung` gesprochen und war „bemüht diese `Massierung` zu begrenzen“.

Löblich fährt fort und merkt offenkundig spezielle Ansichten des damaligen Funkhaus-Direktors Dr. Ralf Reck zu diesem Thema an. Wörtlich schreibt er: „Als 1992 der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zum ‚Magdeburger Gespräch‘ ins TV-Studio eingeladen worden sei, lud der Funkhaus-Chef den Gast schriftlich `mit Bedauern` aus“, so die TAZ. Laut Löblich habe sich der damalige TV-Chef an der Elbe, Bernd Träger, immer wieder für Beiträge zum Thema „Juden“ eingesetzt. Dabei wird dieser mit der plausiblen, durch Umfragen - bis in die Gegenwart - immer wieder zutreffenden Erklärung zitiert:

„Wegen der fehlenden Holocaust-Aufarbeitung zu DDR-Zeiten gibt es einen enormen Nachholbedarf.“

Lewy erlebte später bei einer Diskussion mit Gymnasiasten in Gardelegen übrigens sehr konkret, was es damals hieß, mit jungen Menschen über das deutsch- jüdische Verhältnis zu debattieren: Ein Protokoll der Veranstaltung verzeichnet großes Unverständnis, ja Bestürzung von Generalkonsul Mordechai Lewy. über die fehlenden, simpelsten Grundkenntnisse der Schüler bei diesem Thema. Höhepunkt der Befremdlichkeit sei, so das Protokoll, die Anmerkung einer 18jährigen Schülerin gewesen, die sinngemäß zum Besten gab: „Sie reden immer nur von dem Tod und der Ermordung von Juden in Konzentrationslagern. Ich weiß von meinen Eltern, dass in Konzentrationslagern auch Deutsche umgekommen sind.“

Man glaubt es nicht, aber so steht es im Protokoll.

Zurück in die Domstadt: Wie einst bei den Gebrüdern Grimm, begaben sich am Strand der Elbe aber - folgt man dem TAZ-Bericht - noch andere Dinge: So sei ein „Intimus“ des damaligen Direktors, so nennt ihn das Blatt, später kommissarischer Nachfolger des offenbar den MDR nicht freiwillig verlassenden TV-Chefs geworden. Der Nachfolger, ein anscheinend für den neuen Job im fernen Osten besonders geeigneter Ex- Polizei-Reporter aus Hamburg namens Heiner Tognino, mit einer mutmaßlich fatalen Neigung zu durchaus befremdlichen An- und Einsichten über „Rückgabe oder Entschädigung“ für jüdische NS-Opfer. So soll er -

folgt man der TAZ - einen Journalisten beauftragt haben, zu recherchieren, ob und wo in der Landeshauptstadt von jüdischer Seite womöglich unberechtigte Ansprüche geltend gemacht würden. Von der damaligen Judaica- Fachfrau im Funkhaus schreibt der Autor, sie habe „immer wieder erleben müssen“, dass Heiner Tognino ihr „Themen aus dem Programm kegelte“. Schließlich habe er der Kollegin nach weiteren Auseinandersetzungen „gänzlich“ untersagt, jüdische Themen zu bearbeiten. Die TAZ weiter lapidar: „Als sie gegen die Einschränkung ihrer Tätigkeit klagte, feuerte sie der MDR fristlos.“ Nach all den geschilderten Vorgängen stellte Löblich am Ende nur noch resigniert fest: „Seit Mittwoch vergangener Woche ist der kommissarische TV-Chef fest bestellter Fernsehchef in Magdeburg.“

Im Märchen heißt es an dieser Stelle stets: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute...

Da verschlägt es dem geneigten Beobachter die Sprache: Soviel - offenkundig unwidersprochen - aufgeführter Mangel an Respekt, Sensibilität und Führungskraft - alle Achtung, öffentlich-rechtliches System! Beiseite und ganz aktuell: Kein Wunder, dass vor allem Sachsen-Anhalt und Thüringen in der aktuellen Debatte über die Rundfunk-Gebührenerhöhung mit Blick auf die gesamte Struktur eine gehörige Skepsis an den Tag legen.

Es wäre ein Wunder, hätte sich DIE WELT damals das Bubis-Thema entgehen lassen. Von Flensburg bis Garmisch nachlesbar, meldete das Blatt seinerzeit auf der vielzitierten Titelseite: „Rundfunksender lud Bubis aus - MDR brüskiert Sprecher der deutschen Juden“.

DIE WELT

Rundfunk-Sender lud Bubis aus

Nach den Krawallen von Berlin: MDR brüskiert Sprecher der deutschen Juden



Von HANS-RÜDIGER KARUTZ
Magdeburg – Nach den Ausschreitungen in Deutschland, kurz nach seiner Düpiierung in Rostock sieht sich Ignatz Bubis als Sprecher der Juden in Deutschland erneut brüskiert: diesmal gar öffentlich-rechtlich.

Für Januar 1993 hatte ihn der Mitteldeutsche Rundfunk, viergrößte ARD-Anstalt, zunächst als Gesprächspartner für eine TV-Sendung eingeladen. „Ich hatte bereits mündlich zugesagt“, sagte Bubis gestern. Die „Magdeburger Gespräche“ werden in drei neuen Ländern von rund einer Million Zuschauern gesehen.

Ausgerechnet unter dem Datum des 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, lud der zuständige Fernseh-Chef ihn wieder aus – nach Weisung seines vorgesetzten Funkhausdirektors Ralf Reck (Ex-NDR). Gestern, zur Bubis-Absage befragt, besann sich Reck: „Die Einladung bleibt bestehen. Ich wußte nicht, daß Herr Bubis bereits eingeladen war.“ Er sprach von einem „internen Vorgang“, von dem er nicht habe wissen können, „daß er derartige Dimensionen annimmt“. Die TV-Sendereihe solle in erster Linie „Persönlichkeiten mit sachsen-anhaltinischem Bezug“ vorbehalten bleiben. Dort traten bis-

Birgit Breuel (Hannover) auf. Sachsen-Anhalt zählt zu den neuen Bundesländern, in denen in den vergangenen Wochen ausländerfeindliche und antisemitische Vorfälle für Schlagzeilen sorgten.

Bubis nahm die Absage, wundersam in eine Zusage verwandelt, vielsagend auf: „Kein Kommentar.“ Er betrachte den Vorgang „gelassen“, wolle ihn aber in einigen Tagen auf der ARD-Hauptversammlung bei MDR-Intendant Udo Reiter zur Sprache bringen.

Hermann Oxfort (Berlin), Ex-Justizsenator, erklärte: „Die Ausladung erfolgte auf schriftliche Weisung von Herrn Reck vom 5. November 1992.“ Es sei „verboten“, wenn ausgerechnet in den Ländern der Ex-DDR die dort versäumte deutsch-jüdische Aussöhnung behindert werde: „Die Botschaft dieses Vorgangs lautet doch im Kern wie in Rostock: Herr Bubis gehört nach Israel, aber nicht nach Sachsen-Anhalt.“ Zu den Übergriffen gegen Ausländer und jüdische Einrichtungen in Deutschland sagte Bubis gestern in Bonn, er sehe die Demokratie in der Bundesrepublik nicht gefährdet. Deswegen könne er keinen in Deutschland lebenden Juden ermuntern, das Land zu verlassen: „Aber ich kann auch nicht gegen Blödsinn

Ausgerechnet am 9. November habe der MDR mit seinen Hunderttausenden von Gebührendzahlern Bubis die rote Karte gezeigt. Dies alles geschah, obwohl es in den Wochen vor der Ausladung in mehreren Städten - auch im Osten - zu antisemitischen und ausländerfeindlichen Ausschreitungen gekommen und Bubis selbst in Rostock bedrängt worden war. „Ich hatte bereits mündlich zugesagt“, zitierte das Blatt

damals den hochangesehenen Sprecher der deutschen Juden.

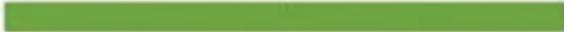
Der damalige Funkhaus-Direktor Ralf Reck „besann“ sich, wie die WELT schrieb, dann eilends und hielt die schriftlich zurückgezogene Einladung angesichts des öffentlichen Echos am Ende wieder aufrecht - die MDR- Blamage war gleichwohl perfekt und republikweit - ganz im Sinne des Wortes, offen sichtlich.

In der damals auch von Attacken auf jüdische Einrichtungen beherrschten innenpolitischen Atmosphäre sagte Bubis später mit resignierendem Unterton: „Ich sehe die Demokratie in der Bundesrepublik nicht gefährdet. Deswegen kann ich keinen hier lebenden Juden ermuntern, das Land zu verlassen.“ Aber: „Ich kann auch nicht sagen: Bleibt unter allen Umständen hier.“

Was für ein Satz - weit vor der undenkbaren Hallenser Blut-Tat, aber fast 50 Jahre nach dem allein von den Alliierten unter hohen Opfern erkämpften Sieg über den Holocaust!

Dieser beschämende Vorgang sollte jedoch längere Zeit später für die Beteiligten im MDR nicht ohne Folgen bleiben. Was sich dort im Detail zutrug, schilderte die links-liberale FRANKFURTER RUNDSCHAU seinerzeit auf einer kompletten Seite (dem journalistischen Aushängeschild einer Zeitung). Autor Karl-Heinz Baum skizzierte im Einzelnen die

Bubis-Affäre und breitete aus, welche Ereignisse sich nach seinen Recherchen daraus ergaben:



Frankfurter Rundschau

So sei der damalige Magdeburger TV-Chef Bernd Träger offenkundig aus seinem Amt gedrängt worden - unter anderem mit einer 25 Seiten umfassenden Vorlage des damaligen MDR-Intendanten Udo Reiter (CDU) für den MDR-Verwaltungsrat. Hier wurden - folgt man dem FR-Text - ganz im Stil eines Stasi-Handbuchs `a la „Wie bekämpfe ich den Klassenfeind“ minutiös der Tageslauf und angebliche Schwachstellen des TV-Chefs über Seiten und Seiten aufgelistet - offenkundig ein Produkt jahrelanger, SED-üblicher Bespitzelung und Kontrolle. Die Bubis-Ausladung rechtfertigte der Direktor damit, das Interview stehe in „keinem unmittelbaren Zusammenhang mit Sachsen-Anhalt“. Denselben Mangel meinte der Direktor auch ein Jahr später (ebenfalls in der Spitzel-Vorlage notiert) beklagen zu müssen, als der TV-Chef den für die neuen Länder zuständigen Berliner Generalkonsul, Mordechai Lewy, zum „Magdeburger Gespräch“ bat.

https://youtu.be/EtOpQ3j78_0

Dass der offenkundig überforderte und - wie zu Vor-Vereinigungs-Zeiten - vermutlich einem obrigkeitshörigen Denken zugeneigte Verwaltungsrat die Vorlage samt Kündigung abnickte, steht auf einem anderen Blatt: Wer weiß, ob das Gremium überhaupt begriff, was dieses Sammelsurium an anonymen Schmäh-Vorwürfen bedeutete und welche gravierenden Folgen damit verbunden waren.

Ganz im Stil übelster DDR-Propaganda wurde - so die FR - in der Vorlage der Name Lewy in „Levi“ verdreht. Und: „Wie zu SED-Zeiten heißt es darin, `der in Westberlin ansässige israelische Generalkonsul“. Deutlich distanzierend im primitiven Ossi-Wessi-Stil ist überdies von einem „westdeutschen Vertreter der jüdischen Gemeinde“ die Rede. Der Lewy-Auftritt kam gleichwohl zustande, und der Israeli bedankte sich später bei Bernd Träger für seinen „aufklärenden Beitrag“, den er „sehr zu schätzen“ wisse.

Auch ein weiteres, führendes Blatt der deutschen Presse-Szene nahm sich offenbar diffuser Vorgänge im Weichbild des MDR an: Sogar die „Süddeutsche Zeitung“ räumte im Herbst 1995 die gesamte Seite 3 für ihre MDR-Analyse unter der Schlagzeile „Quotenkönig im Postenschacher“ frei - (illustriert mit einem strahlenden Foto des damaligen Funkhaus-Direktors, einem Mann namens Ralf Reck, folgt man den Akten). Der zugespitzte Vorwurf des Autors: „Der MDR

ist - wie schon die Fernsehanstalten im Westen der Republik - zur Beute der Parteien geworden.“ Der damalige Funkhaus-Chef Ralf Reck sei ein „besonders erfolgreicher Beutejäger“ gewesen. Aus dem Artikel geht ebenfalls hervor, dass Reck - ein Hamburger Jung - ein CDU-Parteibuch besaß. In dieser personalpolitisch durchgewalkten Branche sicherlich nie ein Nachteil... Nach mehreren, offenbar hoch umstrittenen und auch mit Parteien - Geklüngel zusammenhängenden Vorfällen verließ der ARD-Führungsmann - vermutlich nicht unbedingt freiwillig - schließlich als hoch dotierter „Sonderkorrespondent für Osteuropa“, so die SZ, die Elbestadt. Offenkundig unwidersprochen schloss Autor Hans-Jörg Heims seine ausführliche Betrachtung mit einer besonderen Pointe: So habe die „unabhängige Produktionsfirma Elb-TV, deren Geschäftsführerin die Lebensgefährtin des Funkhaus-Direktors“ sei, die Eintragung ins Handelsregister seinerzeit unter der Nr. 4569 mit der Adresse des Funkhauses mit `Magdeburg, Am Winterhafen 8` vorgenommen. Der ironisch-finale Satz aus München lautete damals: „Wie gesagt, ein idyllischer Flecken Erde.“



wartete damals sogar mit konkreten Zahlen auf und konnte diese Erkenntnisse offensichtlich folgenlos publizieren. Wörtlich schrieb das Blatt über den Funkhaus-Chef: „Weiterer schwerer Vorwurf: Er soll an die Fernseh-Pro-

duktionsfirma seiner Freundin in Hamburg Aufträge von insgesamt 500 000 Mark verschachert haben.“

Es scheint wahrlich auch hier wie einst im Märchen zu sein: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Was den - nicht nur in Sachsen-Anhalt - lebendigen Antisemitismus angeht, so legte sehr aktuell in diesem Jahr die neu gegründete „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - bundesweite Koordination“, kurz RIAS genannt, unter dem Titel „Antisemitismus in Sachsen-Anhalt“ eine beeindruckende, umfangreiche Studie vor. In Interviews mit Leitern und Mitarbeitern jüdischer Einrichtungen im Land sammelten die Verfasser bestürzende Erkenntnisse. Wörtlich heißt es in der Ausarbeitung:

„Die Interviews ergaben, dass alle jüdischen Interview- Partner und alle Einrichtungen, die als jüdisch erkennbar sind, von Antisemitismus unmittelbar betroffen sind. Der Großteil der Betroffenen nimmt sowohl offenen als auch latenten Antisemitismus wahr. In den Interviews wurde eine Vielzahl von Vorfällen geschildert, die den Befragten in ihrer Gemeinde, Arbeit oder privat begegnen, wie etwa gezielte Sachbeschädigungen, verletzendes Verhalten, Beleidigungen oder Bedrohungen.“

Mit beklemmendem Unterton heißt es weiter in der Analyse: "Auf individueller und institutioneller Ebene sahen sich die Befragten oft einer teilnahmslosen und ressentimentgeladenen Umgebung gegenüber, die besonders von einem latenten Antisemitismus bestimmt wird. Juden in Sachsen-Anhalt machen oft die Erfahrung, außerhalb jüdischer Communities mit ihren Erfahrungen weitgehend alleine gelassen zu werden."

Was für ein Fazit!

Um zu konkreten Ideen zu gelangen, die - im weitesten Sinne auch den MDR und die Presselandschaft in Sachsen-Anhalt betreffen könnten und sollten - muss sich der Leser bis zum Ende vorarbeiten. Dort schlagen die Autoren eine sinnvolle, bislang noch nicht verwirklichte Einrichtung vor:

„Ein Netzwerk von Journalisten im regionalen und überregionalen Print-, Online- und Rundfunk-Bereich aufzubauen und zu pflegen, das Anlass bezogen über die neuesten Erfahrungen und Einschätzungen berichtet.“ Die Wissenschaftler schonen auch das eigene Bundesland nicht, denn: „Antisemitismus ist ein verbreitetes gesellschaftliches Phänomen, dessen Ausprägung sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus wiederfindet. Das gilt auch für Sachsen-Anhalt.“ Da bleibt die Hoffnung, auch der MDR werde sich - dem geforderten Netzwerk angeschlossen - in

dieser Vernetzung als Motor begreifen und das sensible Thema „Antisemitismus“ beflügelter denn je aufgreifen. Dann lässt sich vielleicht eines Tages auch in der MDR- Mediathek unter dem Stichwort „Jüdisches Leben“ eine Vielzahl von Sendungen finden - die, wer weiß, unter anderen Begriffen schlummern.

Derweil bleibt dem Betrachter der Szene eine emotionale Hoffnung, die nach einem der jüngsten Verhandlungstage im Halle-Prozess auflebt. Dort schilderte der mit seinen Glaubens-Brüdern und Schwestern während des Anschlags in Todesangst ausharrende Kantor der Gemeinde, was ihm Tage nach der Mordtat widerfuhr:

„Ich bin noch einmal zur Synagoge. Dort waren viele Menschen, die wenigsten Juden. Es waren junge, aber auch alte Hallenser. Sie haben Schalom gesungen, `Frieden`. Sie haben uns gesagt, sie werden diesen Ort nicht verlassen, wir beschützen euch. Und dann habe ich verstanden:

Das ist das Deutschland, das ich kenne.“

Ein Satz, der Zuversicht schenkt, Versöhnung meint und sagen will: Bleibt hier, bitte!

(Artikel 2)

Journalisten fragen - der MDR schweigt



Nach der umfangreichen Analyse in „HaOlam - Nachrichten für Israel, Deutschland und die Welt“ griff Autor Hans Werner Conen zur Feder und richtete an den MDR dreizehn, von Tatsachen untermauerte Fragen - die ohne Antwort blieben. Die offensichtlich überforderte MDR-Pressestelle vermied jede Antwort und zog sich auf Berichte zurück, die erst nach dem Attentat von Halle gesendet wurden. Dem Kern - Vorwurf, bis dahin keine nachweisbaren Beiträge zum Thema „Jüdisches Leben“ in Sachsen-Anhalt und zur grundsätzlichen Problematik verbreitet zu haben, konnte der Sender - mangels Fakten - nicht widersprechen.

Antisemitismus-Vorwürfe: Journalisten fragen - der mdr schweigt

Antisemitismus-Vorwürfe: **Journalisten fragen - der mdr schweigt**. Auf der Grundlage unserer Berichterstattung hat Hans Werner Conen einige Fragen an den ...

Auf der Grundlage unserer Berichterstattung hat Hans Werner Conen einige Fragen an den MDR gestellt - und eine vielsagende Antwort bekommen.

Betrifft: Antisemitismus im MDR

Sehr geehrte Damen und Herren,
da ich mich als Journalist seit längerer Zeit mit dem immer wichtigeren Problemfeld „ANTISEMITISMUS in Deutschland“ beschäftige, weckte ein Bericht auf dem Internet-Portal vom DJV-Landesverband Berlin-Brandenburg mein besonderes Interesse.

Unter dem Titel „Antisemitismus im Mitteldeutschen Rundfunk“ beschreibt dort ein Autor eine Reihe von Tendenzen, die zu dieser Schlagzeile geführt haben - ohne Fragezeichen, wohlgemerkt.

In diesem Zusammenhang stellen sich mir mehrere, substantielle Fragen.

Da ich diese Recherche vor Veröffentlichung kurzfristig abschließen möchte, bitte ich Sie, mir bis Ihre Antworten zukommen zu lassen.

Sollte ich in dieser wichtigen Angelegenheit bis dahin nichts von Ihnen hören, muß ich davon ausgehen, daß die in dem erwähnten Artikel benannten Details und Begebenheiten zutreffen und der MDR von einem jeweiligen Kommentar absieht.

Fragen

1. Trifft es zu, daß bei händischen Eingaben in die MDR-Mediathek unter den beliebigen Stichworten „Juden in Sachsen-Anhalt“ oder „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt“ jeweils die Antwort erfolgt: „Keine Treffer - Ihre Suche nach...ergab keine Treffer“. Wie erklärt der MDR, daß derartige „Treffer“ nicht gelingen?
2. Trifft es zu, daß der MDR keine regelmäßige Berichterstattung über jüdische Ereignisse, Feiertage, Zusammenkünfte etc. vornimmt, obwohl der MDR- Staatsvertrag die Rücksicht auf die Belange von „katholischer Kirche, evangelischer Kirche und jüdischer Gemeinden“ in einem Atemzug und somit gleichberechtigt und gleichwertig nennt?
3. Trifft es zu, daß der MDR mit Datum „19.10.19, 11 Uhr 26“ in einem Beitrag auf der MDR-Webseite auf Äußerungen des Antisemitismus-Beauftragten der Landesregierung, Wolfgang Schweiß, hinwies, wonach sich Antisemitismus in Sachsen-Anhalt in einem „großen Graubereich“ befinde?

4. Sieht der MDR hier ein wichtiges Feld der Information über dieses Thema - wenn ja, auf welchen Sendepfaden, wo und auf welche Weise findet diese Aufklärung statt?

5. Ist dem MDR die Studie unter dem Titel „Antisemitismus in Sachsen-Anhalt“ (ohne Fragezeichen) von RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - bundesweite Koordination) bekannt, die zu der Schlußfolgerung kommt, ein Netzwerk von Journalisten könne dieser antisemitischen Entwicklung im Lande entgegenwirken?

6. Ist der MDR diesem Netzwerk - falls vorhanden - beigetreten, oder welche Schritte hat der Sender unternommen, um dieses Netzwerk zu knüpfen oder sich in führender Position einzubringen?

7. Trifft es zu, daß es zu Beginn der 90er Jahre - Umfragen ergaben damals, wie heute, umfassende Unkenntnis der Bürger über jüdisches Leben oder Antisemitismus - Bemühungen im MDR-Funkhaus Halle gab, durch Interviews und Einladungen prominenter jüdischer Vertreter für bessere Aufklärung zu sorgen? Siehe TAZ-Autor Eberhard Löblich Ende 1994 in einem umfassenden Beitrag unter dem Titel „Zuviel Jüdisches“ über Vorgänge im MDR.

8. Trifft es zu, daß derartige Bemühungen - u.a. offenkundig von TV-Chef Bernd Träger - verhindert oder konterkariert wurden, wobei u.a. die Einladung des Vorsitzenden des Zen-

tralrats der Juden, Ignatz Bubis, zur Teilnahme an einem „Magdeburger Gespräch“ vereitelt, aber später peinlicherweise nachgeholt werden mußte?

9. Trifft es zu, daß TAZ-Autor Löblich in seinem Artikel wahrheitsgemäß darüber berichtete, daß der führende MDR-Mitarbeiter Heiner Tognino, ein Mann aus dem Hamburger Polizeireporter-Milieu - seinerzeit recherchieren ließ, ob von jüdischer Seite unberechtigte Entschädigungsansprüche in Magdeburg verfolgt würden und sachkundige Mitarbeiter nach Streitigkeiten zum Thema Antisemitismus den MDR verlassen mußten?

10. Trifft die umfangreiche Recherche der „Frankfurter Rundschau“ aus den Neunziger Jahren zu, wonach im weiteren Ablauf von grundlegenden Unstimmigkeiten über das Thema „Antisemitismus“ der damalige TV- Chef des Funkhauses Magdeburg, Bernd Träger, mit Hilfe einer 25 Seiten umfassenden Vorlage über angebliche Verfehlungen, die seinerzeit dem Verwaltungsrat vorgelegt wurde, aus den MDR-Diensten ausschied? Wer führte diese Neben-Personalakten auf wessen Veranlassung (namentliche Zuständigkeit!) und wurde das Kontrollgremium über die ungesetzliche, auch damaligem Datenschutz extrem widersprechende Praxis wahrheitsgemäß und vollständig unterrichtet?

11. Falls nein - weshalb nicht? Welche dienstrechtlichen Folgen hatte die Führung dieser Akten, vermutlich auch für

andere Führungskräfte? Werden auch heute noch Neben-Akten über interne Personalvorgänge angelegt - und ist dies dem Verwaltungsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bekannt? Falls nein - was sind die Gründe des Verschweigens dieser Tatsachen?

12. Wird der MDR angesichts der Attentate von Hanau und Halle und des laufenden Prozesses gegen den geständigen Mörder von Halle im Programm künftig ausführlicher auf das Thema „Antisemitismus“ eingehen?

13. Falls Ja, auf welche Weise - falls Nein - warum nicht?

Mit Dank für Ihre Bemühungen und Ihren Antworten entgegensehend verbleibe ich mit freundlichen Grüßen.

Hans Werner Conen "

Antwort des MDR:

Betreff: WG: Fragen an den MDR

Sehr geehrter Herr Conen,

besten Dank für Ihre Anfrage, die darin enthaltene These von Antisemitismus im MDR weisen wir entschieden zurück. Die Vielfalt der Gesellschaft und auch der Religionsgruppen in unseren Angeboten abzubilden, ist elementarer Teil unseres Programmauftrags. Jüdisches Leben in Mitteldeutsch-

land wird regelmäßig im Fernsehen, Radio und Online abgebildet - in unterschiedlichen Formaten und Schwerpunkten. Einen Überblick finden Sie mit einem Klick:

[MDR.de/religion/juedisches-leben/index.html](https://www.mdr.de/religion/juedisches-leben/index.html)

und selbstverständlich auch in der Mediathek:

<https://www.ardmediathek.de/mdr/sammlung/nach-dem-anschlag-so-leben-juden-heute/68VN-D1lqSsC6iKa4mHSrPb/>

Mit freundlichen Grüßen Julia Krittian“

(Artikel 3)

Judenverfolgung:“Graubereich” MDR

Der Autor, Peter A.Tüth, nimmt das Bild von den drei Affen auf: Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen - er wunderte sich, daß der MDR nicht den Fragenkatalog von Conen beantwortete. Es fehle an Zivilcourage, monierte der Autor und fragte: „Aber wo soll Zivilcourage auch herkommen, wenn Mitarbeiter sehen, wie Sendungen über jüdisches Leben im Lande aus dem Programm `gekegelt` und wegen solcher Versuche den Job verlieren. Das ist wohl der Grund, weshalb es laut Mediathek in 25 Jahren keinen einzigen Bei-

trag über jüdisches Leben im Lande gegeben hat.“

https://www.haolam.de › artikel_43379

Judenverfolgung: „Graubereich“ MDR - HaOlam

12.01.2021 — **Judenverfolgung: „Graubereich“ MDR ...** Die Redewendung von drei Affen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, ist allseits bekannt.

... meistens reichte schon der Name

Die Redewendung von drei Affen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, ist allseits bekannt. Sie stammt aus Japan und bedeutet: Über Schlechtes hinwegsehen. Der häufige Gebrauch in Europa hat die Bedeutung leicht verändert: Schlechtes nicht wahrhaben wollen. So gilt die Erzählung über die Affen als Beispiel für mangelnde Zivilcourage.

An die drei Affen, die nichts hören, sehen und sagen, dachte der Journalist Hans Werner Conen, als er im Oktober einen Fragenkatalog online an den Mitteldeutschen Rundfunk schickte, die Anstalt der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Conen wunderte sich, dass der MDR nicht auf eine Internetseite des Deutschen Journalisten Verbandes Berlin Brandenburg von Mitte September reagierte. Der DJV-BB hatte den Beitrag des deutsch-jüdischen Magazins "HaOlam" ins Netz gestellt: "Antisemitismus im öffentlich-rechtlichen Fernsehen".

"HaOlam" nahm den Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale am 9. Oktober 2019, der zwei Tote forderte, zum An-

lass, zu prüfen, wie deutsche Medien zum Antisemitismus stehen. Wäre der Anschlag in Halle vermeidbar gewesen, wenn über jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt offen diskutiert wird. Einen Hinweis gab der Antisemitismus-Beauftragte der Landesregierung Wolfgang Schweiß, der wenige Tage nach dem Anschlag in Halle sagte, Antisemitismus befinde sich in Sachsen-Anhalt in einem "großen Graubereich". Der "Graubereich" lässt sich in allen neuen Bundesländern finden. Denn zu DDR-Zeiten gab es weder eine Aufarbeitung des Holocaust noch der Judenverfolgung. Nach der herrschenden DDR-Lehre war der Faschismus "mit Stumpf und Stiel" ausgerottet. So fragte der oder die 15-jährige natürlich nie den Großvater, ob er auch bei den Nazis war.

Die Redakteure suchten erst in der Mediathek des MDR unter den Stichworten "Juden in Sachsen-Anhalt" und "Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt" und hatten Erfolg. Beim genauen Hinsehen merkten sie, dass die angebotenen Fundstücke erst nach dem Anschlag in Halle produziert und gesendet wurden. Für frühere Beiträge meldete die Mediathek stets "Keine Treffer". Sollte der am 1. Januar 1992 gegründete MDR bis zum Oktober 2019, also in 28 Jahren, nicht ein einziges Mal über Juden und jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt berichtet haben? Kaum zu glauben, aber auch nicht ganz wahr. In der MDR-Aufbauphase gab es zwei Sendungen zu diesem Thema. So führte der Magdeburger Funkhausdirektor Ralf Reck ein Gespräch mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Über die Vorgeschichte informierte "Die Welt" mit der Nachricht auf Seite 1: "Rundfunksender lud Bubis aus - MDR brüskiert Sprecher der deutschen Juden". "Ausgerechnet am 9. November 1992 (dem Tag, an dem die Nazis 1938 ein Judenpogrom organisierten) habe der MDR mit seinen hunderttausenden Gebührenzahlern Bubis die rote Karte gezeigt." Dabei hatte es zuvor in west- wie ostdeutschen Städten antisemitische und ausländerfeindliche Vorfälle gegeben. Der "Welt" sagte Bubis: "Ich hatte bereits mündlich zugesagt".

Eingeladen hatte Bubis damals der Bereichsleiter Fernsehen beim MDR in Magdeburg Bernd Träger. Reck schrieb an Träger "Bubis hat doch nichts mit Sachsen- Anhalt zu tun!" und zog die Einladung zurück. Als Reck merkte, was er für einen Bock geschossen hatte, lud er Bubis wieder ein und interviewte ihn. Nach dem Interview mit Bubis traute sich Träger den Generalkonsul Israels in Berlin Mordechay Lewy für den MDR einzuladen. Ein Grund für seine spätere Entlassung: Er habe Lewy eingeladen, ohne Reck zu fragen.

Die "Frankfurter Rundschau" und die "taz" berichteten bald nach der Einheit über das gestörte Verhältnis des MDR zu jüdischen Mitbürgern und Organisationen. In einer 25 Seiten starken Vorlage für den MDR- Verwaltungsrat zur Entlassung Trägers ständen das von ihm eingefädelte und schließlich von Ralf Reck geführte Bubis-Interview und das von Trä-

ger mit Lewy geführte Interview "in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit Sachsen-Anhalt".

Der "taz"-Korrespondent für Sachsen-Anhalt Eberhard Löblich wies Ende 1994 auf das seltsame Verhalten des MDR Magdeburg so hin: "Zuviel Jüdisches" mit der Unterzeile "Latenter Antisemitismus im MDR- Funkhaus". Löblich schreibt über Heiner Tognino, einen Reck-Vertrauten aus Hamburg und, was das Judentum anging, auf dessen Linie. Er soll einen Journalisten beauftragt haben, in Magdeburg zu recherchieren, ob und wo von jüdischer Seite womöglich unberechtigte Ansprüche geltend gemacht werden. Aus einer Ressortleiter-Sitzung hatte Löblich erfahren, dass der Leiter Aktuell/ Landespolitik Heiner Tognino die Zahl der Sendungen zum Thema Israel "möglicherweise zu oft im Programm" empfinde. Später habe jener von einer "Massierung" solcher Themen gesprochen, die es zu begrenzen gelte.

Die freie Mitarbeiterin Bärbel Jacob, Judaica- Spezialistin im MDR, hat "immer wieder erleben müssen", dass Heiner Tognino ihr Themen zu jüdischen Fragen "aus dem Programm kegelte" und sie ihr schließlich ganz untersagte. Als sie dagegen klagte, feuerte sie der MDR fristlos. Ähnlich erging es der Moderatorin Christel Cohn-Vossen, die in einem faden-scheinigen Prozess vor dem Arbeitsgericht Leipzig nicht ihren Platz im MDR halten konnte. Kollegen mutmaßen, der

eigentliche Grund sei ihr Name "Cohn"; sie war mit dem Dokumentarfilmer Richard Cohn-Vossen verheiratet.

Auch MDR-Direktor Ralf Reck musste wenig später gehen als außergewöhnlich hoch bezahlter "Sonderkorrespondent für Osteuropa". Laut Urteil der Pressekammer des Landgerichts Berlin hatte Reck der Firma seiner Lebensgefährtin und späteren Frau "reichlich" Fernsehaufträge zugesprochen, für fast eine halbe Million DM. Das Berliner Gericht sprach gar von "Filz und Vetternwirtschaft" im MDR, weil die Firma elb- tv "ihre Geschäftsräume in den Räumen" des MDR hatte und Reck die Auftragsvergabe persönlich in die Hand genommen habe. Sarkastischer Kommentar des Gerichts: "einer unabhängigen und unvoreingenommenen Auftragsvergabe dürfte das nicht förderlich gewesen sein." (AZ: 27 O. 336/96 LG Berlin)

Heiner Tognino wurde leitender Redakteur und Nachfolger Trägers als Fernsehchef in Magdeburg und ist es immer noch.

All diese Bemerkungen las Journalist Hans Werner Conen auf der Internet-Seite des Journalistenverbandes. Er wunderte sich, dass der MDR gegen solche Vorwürfe nicht vorging. So schickte er dem MDR einen Fragen-Katalog. Die Antwort kam von MDR- Pressesprecherin Julia Krittian: "Die in Ihrer Anfrage enthaltene These vom Antisemitismus im MDR weisen wir entschieden zurück. Die Vielfalt der Gesell-

schaft und auch der Religionsgruppen in unseren Angeboten abzubilden, ist elementarer Teil unseres Programmauftrags. Jüdisches Leben in Mitteldeutschland wird regelmäßig im Fernsehen, Radio und online abgebildet." Krittian empfahl den Klick auf die MDR-Internetseite und in die MDR-Mediathek. Sie nennt MDR-Sendungen, die alle erst nach dem Anschlag in Halle ins Programm kamen. Conens Fragen konnte oder wollte der MDR gar nicht beantworten. Da sind die drei Affen wieder, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen wollen. Es fehlt ihnen an Zivilcourage. Aber wo soll Zivilcourage auch herkommen, wenn Mitarbeiter sehen, wie Sendungen über jüdisches Leben im Lande aus dem Programm "gekegelt" werden und wegen solcher Versuche den Job verlieren. Das ist wohl der Grund, warum es laut Mediathek in 25 Jahren keinen einzigen Beitrag über jüdisches Leben im Lande gegeben hat. Sollte sich doch jemand getraut haben, eine Sendung zu machen, kam sie nicht in die Mediathek.

Eine Studie über Antisemitismus in Sachsen-Anhalt, veröffentlicht am 20. April 2020, zählt zwischen 2014 und 2018, also innerhalb fünf Jahren, allein in diesem Bundesland 334 antisemitische Vorfälle auf, von denen 270 die Polizei registrierte: Verbale oder schriftliche Anfeindungen, gezielte Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff kündigte daraufhin ein Aktionsprogramm gegen Antisemitismus an.

(Artikel 4)

Wie antisemitisch arbeitet der Mitteldeutsche Rundfunk?



Der fundierte Beitrag erschien zum 9. Oktober 2020, dem ersten Jahrestag des Anschlags von Halle und mahnte immer von neuem „Halle ruft!“ Er weist nach, daß der MDR dabei offenkundig völlig versagt hat, in einem schwierigen Umfeld mit starken, aber verdeckten antisemitischen Strömungen im Land auf Information, Aufklärung und intensiver Spiegelung des jüdischen Lebens im Bundesland zu beharren. Er brachte zudem eine sehr kritische Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes über Struktur und Verhaltensweise des Senders ans Licht. Zudem wies er auf eine „zeichenhafte Aktion“ der „Jüdischen Studierenden-Union Deutschland“ hin. Die Organisation sammelte Spenden für die Familien der beiden Opfer des Attentäters von Halle. Sein Beitrag schloß mit den prophetischen Worten von Al-

dous Huxley: „**Tatsachen schafft man nicht aus der Welt, indem man sie ignoriert.**“

Ein kritischer Debatten-Beitrag von Karl-Hermann Schaar-schmidt

[djv-bb.de](#) › [wie-offen-arbeitet-der-mitteldeutsche-rundf...](#) ▼

Wie antisemitisch arbeitet der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR ...

09.10.2020 — **Wie antisemitisch arbeitet der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR)? ... Welchen Stellenwert hat Antisemitismus-Bekämpfung im MDR-Programm?**

Überholter „Rassenhass“-Begriff im Staatsvertrag - Fraglicher Umgang mit Minderheiten, z.B. jüdischen Gemeinden - DGB-Studie kritisiert mangelhafte Transparenz nach außen - Gedanken zum Jahrestag von Halle - Jüdische Studenten sammelten 30 000 Euro für Döner-Betreiber in Halle, weil ohne staatliche Hilfen - Welchen Stellenwert hat Antisemitismus-Bekämpfung im MDR-Programm?

Bundespräsident Steinmeier, selbstverständlich der Ministerpräsident und der jüdische Zentralrats-Präsident Schuster werden heute, am 9.Oktober, beim Gedenkakt auf dem Grün vor der von einem mörderischen Anschlag bedrohten Synagoge zu den Gästen sprechen - erinnern, mahnen, fordern, gewiss.

Denn: Halle ruft!

Halle ruft uns alle - am ersten Jahrestag des gescheiterten Attentats auf 50 Menschenleben, das dennoch den Tod von zwei unbeteiligten Hallensern forderte. Ein Tag, parallel zum laufenden Prozess gegen den geständigen, 27jährigen Attentäter, der sich vermutlich noch längere Zeit hinziehen

wird. Ein Prozess, zu dem die deutsche Justiz - für ihre unendliche Akribie, Umständlichkeit und Langsamkeit ohnedies bekannt - fast ein Jahr bis zum Prozessbeginn brauchte. Trotz des bereits an jenem jüdischen Jom Kippur - Festtag vor einem Jahr gefassten, geständigen Täters, dem offenkundigen Vorhandensein sämtlicher Fakten - aber die Zeit, die Zeit verstrich.

Die deutsche - und wohl auch die besorgte europäische - Öffentlichkeit hätten es sich gewiss gewünscht, dass ein Jahr nach dem Geschehen wenigstens ein Urteil gefällt, alle Details des Angriffs auf die 50 jüdischen Mitbürger in der Synagoge geklärt - und auch die antisemitischen Motive des Täters eindringlich und voller Sorge benannt und daraus warnende Mahnungen erwachsen wären...

Aber dem ist nicht so.

Und ein Blick nach Hanau, wo ein Rassist am 19. Februar neun Menschen dahin mähte und sich dann selbst richtete, bietet ein finsternes Bild: Von einem Abschluss der Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft ist keine Rede. Als der zuständige Ausschuss im hessischen Landtag Mitte Mai zu diesem brisanten Thema tagte - drei Monate nach dem Attentat! - sagte der zuständige Bundesanwalt Thomas Beck zumindest zu, es werde keine „08/15-Einstellung“ des Verfahrens geben - was für eine unsensible Bemerkung. Und Armin Kurtovic, Vater eines der Opfer, kritisierte nach der

Anhörung auch klar und deutlich: „Die Fragen, die wir haben, wurden nicht geklärt.“

Zu den weiterführenden Fragen - über Hanau und Halle hinaus - gehört gewiss die Überlegung, in welchem medialen Umfeld sich die Täter bewegt und radikalisiert haben: Gehört dazu nicht auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, das Fernsehen, die allgemeine Stimmungslage?

Zu den Einrichtungen, die dafür eine wichtige politisch-pädagogische Verantwortung tragen, zählt sicherlich auch der Mitteldeutsche Rundfunk: 1991, inmitten der unruhigen Zeiten nach dem Beitritt der fünf neuen Länder zum Grundgesetz (vulgo auch „Wiedervereinigung“ genannt), gegründet. Schon damals grassierte Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft: Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus 2015 - fünf Jahre später vielleicht noch mit einem niederschmetternden Ergebnis - hegen zehn (!) Prozent der Deutschen „antisemitische Haltungen“. Was man sich nicht vorstellen mag: Dies entspricht rund acht Millionen Deutschen...

Nach dem Aufbau der nunmehr erweiterten Bundesrepublik ergab sich deutlich, dass auf früherem DDR-Gebiet - allein schon aus ideologisch- antiisraelischen Gründen - eine Holocaust-Aufarbeitung unter SED-Herrschaft so gut wie unterblieben war. Im MDR-Sendegebiet versuchte man - so geben es ausführliche Berichte in „Frankfurter Rundschau“,

„Süddeutscher Zeitung“, der TAZ und WELT her, jedenfalls vom Funkhaus Magdeburg aus, offenbar dieser gefährlichen Tatsache entgegen zu wirken: Es gab Einladungen an Ignatz Bubis, den damaligen, prominenten Sprecher der jüdischen Deutschen, an den amtierenden Generalkonsul Mordechai Lewy „MAGDEBURGER GESPRÄCH“ - aber auch Streit darüber, weil - so sagen es die Archive - führende MDR- Verantwortliche bei diesem lebenswichtigen Thema keine „landspolitischen Notwendigkeiten“ sahen.

Was aber, wenn öffentlich-rechtliche Korrekturen - ausgebreitet durch das Massenphänomen Fernsehen - ausbleiben? Konnten die Schulen damals - durchsetzt mit indoktrinierten DDR-Alt-Lehrern - oder die Elternhäuser diese notwendige Information übernehmen? Wohl schwerlich, denn auch die Elterngeneration des Attentäters von Hanau und von Halle versagte offenkundig.

Eine Fehldeutung? Wohl nicht.

Schaut man beim erwähnten Mitteldeutschen Rundfunk mit seiner Quasi-Monopolstellung, was die mediale Beherrschung des öffentlichen Raums zwischen Elbe, Harz, Thüringer Wald und Vogtland angeht, schärfer hin, lassen sich einige Merkwürdigkeiten erkennen.

So fallen im - aus heutiger Sicht - uralten Staatsvertrag vom 30.Mai 1991 mehrere - teils dramatische - Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten auf:

So formulieren die Gründungsväter des MDR beispielsweise in § 10 (Unzulässige Sendungen) den Unterpunkt 1 folgendermaßen: „Sendungen sind unzulässig, wenn sie zum Rassenhass aufstacheln usw.“

Rassenhass - das ist „Goebbels-Sprech“ schlimmster Herkunft - die Vokabel klingt wie aus dem NS-Lehrbuch der Nürnberger Rassengesetze, die Hitlers übelster, antisemitisch kaum zu überbietender, wichtigster Helfer bei der Indoktrinierung der nur allzu willigen Deutschen propagierte. Nun wissen wir, dass die Debatte über diesen Begriff - weil auch im Grundgesetz von den Verfassungsvätern von 1949 verwendet - in diesem Sommer mit großer Verve begonnen wurde.

Aber von „Rassenhass“ ist im wohlbekanntem Artikel 3 GG so nicht die Rede: In der bekannten Aufzählung in Unterpunkt 3 „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache...“ usw. wird der Begriff als eindeutig negative Fehlhaltung, als verfassungsfeindliche Unzulässigkeit, markiert. Die Formulierung „Rassenhass“ intendiert, dass unterschiedliche „Rassen“ - gäbe es sie - durchaus „Hass“ aufeinander empfinden und sogar ausüben könnten. Zudem liegen zwischen 1949 und 1991

immerhin 42 (!) Jahre politischer-psychologischer Entwicklungen.

Hätten die MDR-Staatsvertrags-Vertreter - und der damalige Gründungs-Intendant Udo Reiter - hier nicht sprachliche Sensibilität an den Tag legen müssen?

Oder liest im MDR niemand den eigenen Staatsvertrag?
Sind die eigentlichen, wegweisenden politisch-organisatorischen Grundlagen des eigenen, hoch verantwortlichen Handelns gar nicht bekannt, verdrängt oder - wer weiß - unbeachtlich?

Diese Fragen müssen erlaubt sein.

Auch, wenn die Ablehnung von bestimmten Programminhalten - siehe Antisemitismus-Problematik in den neuen Ländern - offenbar zumindest am Anfang der MDR-Geschichte (immerhin die Nr.4 in der an Zwangseinnahmen und Immobilienbesitz nicht eben armen ARD-Familie) durchaus gang und gäbe war. Was jedoch, folgt man dem Staatsvertrag, nun eben ein eklatanter Verstoß gegen Text und gewiss auch Geist dieses Vertrages war.

Denn, man beachte, in § 6, Ziffer 3, heißt es: „Die Sendungen des MDR haben den Belangen aller Bevölkerungsgruppen, auch der Minderheiten, Rechnung zu tragen.“ Das heißt: auch die jüdischen Gemeinden - mit wenigen tausend Mitgliedern, häufig willkommene Zuwanderer aus Drittsta-

ten, ohnedies verschwindend klein - hätten demnach einen klaren Anspruch darauf, im Programm vertreten zu sein.

Bei Überlegungen wie diesen kommt man leicht in die Versuchung, die Sache einmal simpel zu versuchen - also in die MDR-Mediathek alle Spielarten des Begriffs „jüdisch“ einzugeben: Leider Fehlanzeige - „konnte nicht gefunden werden“, lautet die lakonische Antwort des Computers. Wie soll er auch anders reagieren, wenn es offenbar derartige Inhalte nicht gibt - oder sich unter anderen Begriffen gleichsam verstecken - hoffen wir es für den MDR. Denn der Sender hat, lesen wir in § 8, in seinen Sendungen die Würde des Menschen „sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten“.

Und, so denkt der rundfunkpolitische Laie, dann auch im Programm zu spiegeln. Oder?

Wie es indes um die innere Verfasstheit des Senders mit dem markanten Emblem am Turm in der (höchst teuren) Leipziger City bestellt ist, erhellt ein neutraler Beobachter. Denn der DGB - im politischen Alltag dieses Landes sonst nicht mehr sehr auffällig - gab eine Expertise in Auftrag, die so einiges ans Tageslicht bringt.

Unter dem Titel „Öffentliche Anteilnahme ermöglichen - Transparenz, Aufsicht und öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Deutschland“ zeichnet Autor Dominik Speck mit Datum

„Oktober 2019“ seiner umfangreichen Ausarbeitung ein durchaus kritikwürdiges Bild über MDR-Internat:

Der Reihe nach:

Nach Speck rang sich der MDR erst „nach mehrjähriger Diskussion“ (von 1991 bis April 2019, also in 28 vertanen Jahren!) dazu durch, den Rundfunkrat öffentlich tagen zu lassen: Die 43 Damen und Herren verdienen sich, obgleich angeblich „ehrenamtlich tätig“, mit monatlich exakt 701,36 Euro ein durchaus honorables Taschengeld dazu, über das sich jeder Hartz-4-Empfänger oder Asylbewerber im nicht eben luxuriösen Leipziger Aufnahmeheim gewiss freute. Und weiter: Für die öffentlichen Plenarsitzungen gebe es zwar „Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse“. Aber: „Für die Ausschüsse gilt das nicht. Die Mitglieder werden knapp mit Fotos und entsendender Organisation vorgestellt, weitergehende biografische Informationen gibt es ebenso wenig wie Anwesenheitslisten.“ Heißt: Wer will, kann auch mal fehlen - und dennoch fließt das Monats-Salär.

Na bitte, ein Lob dem öffentlich-rechtlichen System!

Beck moniert auch, dass zwar diese Jahresvergütung der Intendantin öffentlich gemacht wird, „nicht jedoch der Direktorinnen“ (Seite 11, oben, erste Zeile) Und der Autor moniert weiter, womit der MDR Geschäfte macht: „Insgesamt könnten die MDR-Unternehmensseiten noch etwas

besser navigierbar sein.“ Heißt auf Deutsch - das Auffinden ist, zumal für Außenstehende, schwierig, oder?

Becks nachdenkliches Fazit lautet schließlich: „Die Gremienmitglieder könnten sich im Sinne einer größeren Transparenz dafür einsetzen, dass der Verwaltungsrat über seine Tagesordnungen und die Sitzungsergebnisse online ausführlicher informiert, der Rundfunkrat biografische Informationen für alle Mitglieder und Anwesenheitslisten der Sitzungen zur Verfügung stellt, weitere Transparenzpflichten in die Rechtsgrundlagen der Anstalt aufgenommen werden, etwa zur Vergütung der Geschäftsleitung.“

Eben dies sollte man für ein Unternehmen mit (Ende 2018) immerhin 2095 fest Angestellten und 1575 Freien (und allein 198 Millionen Euro Rückstellungen für Pensionen) und horrenden Einnahmen aus Anlagevermögen (offenbar an der Börse oder in Fonds) erwarten.

Oder?

Der siebenköpfige MDR-Verwaltungsrat kommt in dieser unabhängigen Untersuchung (in der MDR-Mediathek, wundert's?, nicht auffindbar) schlechter weg: Der Rat verfüge über einen eigenständigen Online-Auftritt, „dafür aber ohne Sitzungs-Transparenz. So gibt es weder Informationen zu Terminen und Tagesordnungen noch Zusammenfassungen der behandelten Themen.“ Allenfalls, so Beck. ließen

sich aus den Pressemitteilungen „einzelne Schwerpunkte herauslesen. Hier hinkt das Gremium - wohl auch mangels gesetzlicher Vorgaben - manch anderem Verwaltungsrat im ARD-Verband hinterher.“

Eine glatte Ohrfeige, oder?

Hängt die Verschwiegenheit vielleicht auch damit zusammen, dass dem Verwaltungsrat - gelegentlich natürlich, aber wenn es pressiert - parallel zu Personalangelegenheiten geheime Nebenakten und Notiz-Listen vorgelegt werden, die dann offenbar ohne Einreden abgenickt werden? Folgt man im Zeitungsarchiv ordentlicher Bibliotheken den Berichten von „Frankfurter Rundschau“ oder „Süddeutscher Zeitung“ aus den Zeiten von Reiter oder eines Funkhausdirektors Ralf Reck und eines Chefproducers Programm Heiner Tognino, so spielte diese Spielart des Umgangs mit unliebsam gewordenen Mitarbeitern offenbar - zumindest in den Neunziger Jahren - eine Rolle.

Es wäre spannend, zu wissen, ob sich Mitglieder des heutigen Verwaltungsrates gelegentlich die Sünden ihrer Vorgänger, unter Vorsitz von Dr. Karl Gerhold, vorlegen ließen - aber welche MDR-Spitze wagt das schon, weil es ggf. ordentlichen Ärger geben könnte?

Wie hier zu beweisen war: Recherche lohnt sich, offenbar. Denn Kurt Tucholsky hat recht: „Man muss nicht alles so genau verstehen, lesen genügt auch.“

Zurück nach Halle!

Es bleibt Hoffnung - und die - fast sprachlos machende - Genugtuung über eine zeichenhafte Aktion der „Jüdischen Studierendenunion Deutschland“. Sie sammelte seit dem Morden von Halle rund 30 000 Euro an Spenden für den Besitzer des Döner-Grills, Ismet Tekin, in dem ein Opfer erschossen wurde. Ihn selbst verfehlten Schüsse des Mörders. In der Corona-Krise stand der Döner-Laden kurz vor der Pleite, weil Tekin nach momentaner Rechtslage (weder körperliche noch nachweisbare seelische Schäden) keinen staatlichen Entschädigungsanspruch hatte.

Heute übergeben Studenten im Rahmen der Gedenkfeier den Sammler-Ertrag an Ismet Tekin.

Lassen wir zum Finale einen Großen dieser Welt zu Wort kommen - Winston Churchill. Seine Worte passen zu Halle und dem Glauben an eine Zukunft ohne Hass und einem Leben in Frieden:

Alle großen Dinge sind einfach und viele können mit einem einzigen Wort ausgedrückt werden: Freiheit, Gerechtigkeit, Ehre, Pflicht, Gnade - und Hoffnung.“

„Tatsachen schafft man nicht aus der Welt, indem man sie ignoriert“ (Aldous Huxley)

(Artikel 5)

Der Bundespräsident und der „antisemitische“ Kugelschreiber

H.M.Unmuth zu Hohenwald, HaOlam

Der Autor erzählt die unglaubliche, bizarre Geschichte um den leitenden Mitarbeiter des Magdeburger Funkhauses, Heiner Tognino, der privat ein Unternehmen für die Herstellung von handgefertigten Schreibwerkzeugen betreibt - ob mit oder ohne MDR- Genehmigung bleibt offen.

Bei seinem offiziellen Antrittsbesuch in Sachsen-Anhalt (2018) erhielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus der Hand der damaligen Landtagspräsidentin einen Tognino-Kugelschreiber aus „deutscher Eiche“, tausend Jahre alt. Die Bezüge zur NS-Sprache waren deutlich. Der MDR-Unternehmer wirbt auf seiner Webseite mit einem Foto von Steinmeier bei der Geschenk-Übergabe und dessen angeblicher Versicherung, mit diesem Gerät künftig die ihm vorgelegten Gesetze zu unterschreiben.

[https://haolam.news/artikel/Deutschland/45215/](https://haolam.news/artikel/Deutschland/45215/Der-Bundespräsident-und-das-Geheimnis-des-antisemitischen-Kugelschreibers.html)
[Der-Bundespräsident-und-das-Geheimnis-des-antisemitischen-Kugelschreibers.html](https://haolam.news/artikel/Deutschland/45215/Der-Bundespräsident-und-das-Geheimnis-des-antisemitischen-Kugelschreibers.html)

Steinmeier erhielt bei Antrittsbesuch 2018 offizielles Geschenk aus Werkstatt von MDR-Journalist Heiner Tognino - Unter Verdacht antisemitischer Haltung - Jüdische „Freie“ abgewiesen - Was wußte die Landtags-Präsidentin? - Sachsen-Anhalts Probleme mit Antisemitismus - Vor Halle-Attentat keine nachweisliche MDR-Problem-Berichterstattung - Haseloff stoppte Gebührenerhöhung für Öffentlich-Rechtliche - FDP fordert im Wahlprogramm klares Signal gegen weitere Zwangs-Abgaben

Reportage von Heinrich Maria Unmuth zu Hohenwald, Leipzig

Aschermittwoch, 14. Februar 2018, die Sonne leuchtet an diesem Wintertag exakt neun Stunden und 53 Minuten: Aber der Vorgang ist alles andere als sonnig: Gegen Mittag stoppt die Wagenkolonne von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor dem Landtag am Domplatz - das Staatsoberhaupt macht Sachsen-Anhalt seinen Antrittsbesuch. Er kommt von einem Gespräch mit Ministerpräsident Reiner Haseloff. Vor dem Portal empfängt Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch den Gast und Gattin Elke Büdenbender.

Alles lächelt, alles fein, alles blitzt, alles gut.

Der Bundespräsident und das Geheimnis des „antisemitischen“ Kugelschreibers

Steinmeier erhielt bei Antrittsbesuch 2018 offizielles Geschenk aus Werkstatt von MDR-Journalist Heiner Tognino - Unter Verdacht antisemitischer Haltung

Bundespräsident Steinmeier schreibt mit Wildstift

20. Januar 2018, 10:00 Uhr
Zu einem der wichtigsten Ereignisse im kalten Winter dieses Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (78) gibt es besondere Geschenke. Die Präsidentin des Landtages, Sabine Brakebusch, schenkte ihm seinen persönlichen Kugelschreiber aus 1000-jährigem Eichenholz. Das Wild stammt aus dem Dachstuhl der Bamberger Eremiten, der Zisterne, die im Mittelalter genutzt wurde. Ein Wildschwein wurde für ein neues Bienen-Schneidegerät in der Bienenzucht genutzt in Schwabensheim (Saarland) genutzt. Die Teil des Hirsches, die in die Arbeitshandlung ein. Der Bienenkugelschreiber war sehr handlich, wurde sehr sorgfältig unter Aufsicht mit dem Bundespräsidenten in den 1990er Jahren hergestellt. Er wurde der Landtagspräsidentin durch die nächsten Geschenke zu übergeben.

über uns
budgetfertig
budgetstift
schreibwaren
produkte
schreibstift
pressen
presser



Wäre da nicht das offizielle Gastgeschenk des Parlaments: Brakebusch präsentiert ihrem Gast einen „keltischen Dreh-Kugelschreiber aus 1000-jährigem Eichenholz“, garantiert „deutsche Wertarbeit“ - preist die Firma „Wildstift-Edle Schreiber“ ihr 120-Euro-Produkt an. Staunenswerter Lieferant: MDR-Führungskraft Heinrich Tognino, zweiter Mann im Funkhaus Magdeburg und bereits seit Anfang der Neunziger erkennbarer antisemitischer Neigungen verdächtig - und nachgewiesen. Jedenfalls laut Recherchen von TAZ-Urgestein Eberhard Löblich, der seinen Beitrag damals Ende 1994 mit „Zuviel Jüdisches“ überschrieb. Von Heiner Tognino bis heute unwidersprochen, wies Löblich dem Sendermann aus dem ambitionierten Hamburger Polizeireporter-Milieu nach, sich zum Beispiel gegen „zuviel Sendungen“ mit jüdischen Themen ausgesprochen und entsprechende interne Weisungen erteilt zu haben. Zudem habe er - so Löblich - recherchieren lassen wollen, ob jüdische Mitbürger etwa in Magdeburg unberechtigte Rückgabe-Ansprüche geltend machen wollten.

Und - ja, auch dies noch - die für jüdische Themen vorzügliche Judaica-Expertin im Magdeburger Funkhaus, Bärbel Jacob, vergraulte der Monopol- Arbeitgeber durch eine fristlose Kündigung, als sie wegen von Tognino eingeschränkter Tätigkeit gegen den Sender klagte. Ein anderes Beispiel: die Moderatorin Christel Cohn-Vossen mußte offenbar gehen, nahm ihr Vorgesetzter Ralf Reck angeblich an ihrem Namen Anstoß (Christel Cohn- Vossen Ehefrau des DDR Dissidenten und Dokumentarfilmes Richard Cohn-Vossen).

Nicht nur im pseudomodernen MDR-Sitz im früheren Leipziger Schlachthof (welche Gedankenkette bahnt sich da an) runzelt man die Stirn, kommt die Recherche auf Heiner Tognino, den Mann für's offenkundig Grobe.

Anscheinend ohne jede Einrede vom Dienstherrn betreibt der norddeutsche Top-Mann mit Erfahrungen aus der Jungen Union an der regionalen MDR-Front bis heute und seit Jahren eine eigene Manufaktur:

„Wildstift-Edle Schreiber“ nennt sich das offenbar lukrative Unternehmen, das Steinmeiers Gerät mit Bundesadler und Faksimile-Unterschrift werkelte. Auf seiner Firmen-Webseite schwärmt Tognino vom selbstgedrechselten Schreib-Utensil und wirbt zudem mit einer kernigen Aussage, die Steinmeier freuen dürfte: „Der Bundespräsident versprach der Landtagspräsidentin, damit die nächsten Gesetze zu unterschreiben.“ Mit Kugelschreiber, mon Dieu!

Vielleicht bekam auch das verschärfte Bundesimmissionschutzgesetz - von Steinmeier binnen Stunden ausgefertigt - jüngst durch seine Signatur erst Gesetzeskraft...Und Attribute wie „deutsche Wertarbeit“ (offenbar im Gegensatz zu minderwertiger nicht-deutscher Herstellung) und die Tausend-Jahr- Metapher kommen dem Zeitgenossen irgendwie bekannt vor - hätte Tognino auch einen „Führer- Füllhalter“ entworfen? fragt man sich unwillkürlich bei soviel Engagement für deutsches Edel-Holz. Und erschrickt zugleich bei diesem Gedanken.

Aber der offenkundig rechtsradikal-antisemitische Grundzug bei T. scheint bis heute in „deutschem Eichenholz“ tief verwurzelt zu sein, liest man im gut sortierten MDR-Archiv den Löblich-Artikel nach - vor fast 30 Jahren geschrieben. Und schon damals ein Phänomen benennend, das Sachsen-Anhalt offenbar kennzeichnet und wie ein Kains-Mal verfolgt. - Antisemitismus pur und zuletzt aktuell wieder aufzuckend, mit den Morden von Halle als Höhepunkt.

Wäre da nicht ein Politiker wie der grundsolide und scharfkantige Reiner Haseloff, der früher und aktuell die jüngsten antijüdischen Ausschreitungen in Deutschland beim Namen nannte und verurteilte. Und einen Mann wie den Antisemitismus-Beauftragten des Landes, Wolfgang Schneiß, installierte, der bereits vor geraumer Zeit einen „großen Graubereich“ in Sachen Antisemitismus in diesem Bundesland beklagte.

Zurück zum bundespräsidialen Eichenholz: Steinmeier wußte von den Hintergründen des Stift-Handwerkers gewiß nichts. Aber kannte die Landtagspräsidentin den Hersteller der - vermutlich gespendeten - Gabe? Im offiziellen Protokoll des Besuchs damals ist jedenfalls im besten, verkorksten Amts-Deutsch lediglich von „kleinen Geschenken“ die Rede, die die Präsidentin dem Hausherrn von Bellevue überreichte. Wer aber bezahlte das aufwendige Unikat? Unter welcher Haushaltsstelle im Etat des Landtages ist die Ausgabe vermerkt? Bot sich Tognino von selbst als Quelle des Geschenks an, spendete er es gar für die Dame Brakebusch?

Viel wichtiger noch: Gab es für Heiner Tognino, den umtriebigen Heim-Werker, jemals eine Genehmigung zu einer derart umfänglichen „Nebenbeschäftigung“ als Unternehmer? Und wäre es tatsächlich eine Beschäftigung, die „neben“ einem Vollzeit-Job beim MDR überhaupt erlaubnisfähig wäre? Dabei agiert Tognino mit seinem offenkundigen Traum-Job („Ein sich in die Hand schmeichelnder Stift, der Ausstrahlung hat“, schwurbelt seine Webseite) auf offener Bühne - gibt Interviews zu seinem holzigen Mehr-als-Hobby, als seien MDR-Job und Unternehmertum die geradezu ideale Kombination für Leben und Werk.

Gleichviel: Lauscht man dem emsig-ergiebigem MDR- Flurfunk, so sind Berechnungen bekannt, wonach T. nach seinem Karriere-Sprung Anfang der Neunziger allein an Bezü-

gen (inklusive Pensionsansprüchen) rund vier Millionen Euro verdient haben soll - plus der „Wildstift“-Erlöse, die sich ebenfalls im mehrstelligen Bereich bewegen dürften (mehr weiß gewiß das zuständige, auch für Prüfungen empfängliche, ortsnahe Finanzamt).

Nun gehört es nicht zu den Neuigkeiten der Szene, dass journalistische Wißbegier beim MDR häufig ertragreich verläuft. Selbst die biedere WIKEPEDIA- Informationsammlung gibt unter dem Stichwort „Skandale“ beim MDR eine komplette Seite für den Sender her.

Da wären zum Beispiel , alles Original-Zitate:

- 2000: Der MDR verliert 2,6 Millionen DM bei Hochrisiko-Anleihen in Ecuador
- 2001: Mehrere MDR-Moderatoren stellen sich als Stasi-Mitarbeiter heraus: Darunter Sabine Hingst, Ingo Dubinski, Frank Liehr und Horst Mempel
- 2001: Bei einem geplatzten Wohnungsbau- Projekt für MDR'ler verliert der Sender rund 7,3 Millionen DM
- 2005: Sportchef Wilfried Mohren wird wegen Schleichwerbung zu Ungunsten des MDR fristlos gekündigt
- 2009: Der Landesrechnungshof deckt auf, daß der MDR im Zuge der Finanzkrise mit hohen Verlusten bei Wertpapieren zu kämpfen hat
- 2010: Beim Kinderkanal KiKa veruntreut Herstellungsleiter Marco Kirchhof mehr als 4,6 Millionen

- 2011: MDR-Unterhaltungschef Udo Foht soll mehrfach Vorschüsse im mittleren sechsstelligen (!) Bereich für MDR-Programme von TV-Produktionsfirmen eingefordert haben - die Ermittlungsergebnisse blieben unter Verschuß, Foht jedoch entlassen.

- (Anmerkung dazu: Das Verfahren ist , hört man sich in den Führungsetagen um, offenkundig nicht weiter verfolgt worden. Im Zuge dessen hätte unter anderen auch die sibirische Schlager-Blondine Jelena Petrowna Fischer (37), die durch teure, von Zwangsgebühren bezahlte ARD-Shows tingelt, einvernommen werden müssen).

Zurück zum politischen Teil der - drei Mal auf Holz geklopft - höchst merkwürdigen Stift-Story vom Elbstrand:

So schreibt der unermüdliche Eberhard Löblich in der TAZ vom 14.Dezember 1994: So sei der damalige TV- Chef Bernd Träger bei seinem Versuch gescheitert, zum populären, von rund einer Million Zuschauern verfolgten „Magdeburger Gespräch“ den damaligen, weltweit bekannten Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland - Ignatz Bubis - einzuladen. Bernd Trägers Vorgesetzter Landesfunkhausdirektor Dr. Ralf Reck - ein „Spezi“ (so die bayerische Vokabel) von Tognino - verlangte die Wieder-Ausladung - ausgerechnet unter dem schwerwiegenden Datum des 9.November, der „Reichspogrom-Nacht“. Bubis damals in gelassener Alters-Weisheit zur WELT: „Kein Kommentar!“

Dennoch wurde der beschämende Vorgang ein Thema auf der ARD-Hauptversammlung - peinlich für den MDR, immerhin viertgrößter unter den ARD-Sendern. Desto deutlicher reagierte der damalige Ex-Justizsenator Berlins, Hermann Oxfort (FDP), aus Thüringen stammend: „Die Botschaft dieses Vorgangs heißt im Kern: Herr Bubis gehört nach Israel, aber nicht nach Sachsen-Anhalt!“

Für Bernd Träger übrigens, der angesichts der beschämenden Nicht-Aufarbeitung jüdischer Themen zu DDR-Zeiten auf Informations-Sendungen drängte, üble Folgen: Weil er den israelischen Generalkonsul Mordechay Lewy - in Israel später in die Regierung aufgerückt - angeblich ohne Rücksprache zu einem weiteren „Magdeburger Gespräch“ einlud, zwang ihn die MDR-Führung aus dem Haus: In Sonderheit mit einer 25 Seiten umfassenden, nach bester Stasi-Manier zusammengespißelten Vorlage für den MDR- Verwaltungsrat. Im Sender gehört es nicht zu den Geheimnissen, hört man sich intensiv um, daß hinter diesem Vorgang die heutige Intendantin und damalige Stellvertretende Juristische Direktorin Karola Wille steckte. Ihr erstaunlicher Werdegang ist in Leipziger Insider-Kreisen noch immer Gegenstand von beredtem Geklüster...

Träger wartet offenkundig bis heute vergebens auf eine umfangliche und begründete Darlegung der Vorwürfe, die zu seinem nur mühsam kaschierten Abgang führten. Beim Kantinen-Plausch bei einem Lattè Macchiato im Ex-Schlachthof

hört man erstaunliche Urteile über Verwaltungs- und Rundfunkrat, die eigentlich demokratische Kontrolle über das teilweise offenbar überforderte oder - im Wortsinn - außer Kontrolle geratene Führungspersonal ausüben sollten - und sollen: „Alles nette Leute, aber ohne Mumm, da kommt nichts“, antwortet jemand aus der mittleren Führungsebene, fragt man nach den im Staatsvertrag vorgesehenen Kontroll-Mechanismen.

Was den offensichtlich im MDR-Imperium still, aber durchaus nicht heimlich gepflegten Antisemitismus angeht, so gibt darüber ein von HaOLAm dokumentierter und vom Deutschen Journalisten- Verband veröffentlichter Recherche-Versuch des Journalisten Hans-Werner Conen beredete Auskunft:

Er hatte Ende 2020 dem MDR eine Reihe präziser, konkreter und nachvollziehbarer Fragen zum Thema „Antisemitismus im MDR“ gestellt. Dabei bezog er sich auch auf die Tatsache, daß jeweils die lapidare Mitteilung „Ihre Suche ergab keine Treffer“ aufscheint, wenn man in der MDR-Mediathek nach jüdischen Themen forschte. Wohlgermerkt vor Halle - das Attentat bildet die erstaunliche, offenbar von Panik und schlechtem Gewissen betriebene Ausnahme. Erst nach den tödlichen Schüssen von Halle bequemte sich der Sender offenbar unter dem Druck der Ereignisse, sich dieser Thematik anzunehmen. Dies spiegelt sich in der Antwort der offenkundig überforderten Pressestellen- Leiterin, die Conen in

ihrer 13-Zeilen-Antwort unfreiwillig Recht gab. Sie verwies lediglich auf die Webseite

<https://www.ardmediathek.de/mdr/sammlung/nach-dem-anschlag-so-leben-juden-heute>

Und wie lebten sie früher in Sachsen-Anhalt - diese Deutschen jüdischen Glaubens? Wen interessierte dies schon beim Monopol-Sender MDR, denn: „Ihre Suche ergab keine Treffer“ ...

Nun fragt sich ein kritischer Geist logischerweise, wie dieser - offenbar ideologisch kontaminierte oder durch simple Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema bei einem durch Zwangsgebühren reichlichst subventionierten Sender politisch zu begegnen wäre (nur nebenbei: Der MDR nimmt jährlich - so 2019 - rund 586 Millionen Euro erzwungene Gebühren von seinen alternativlosen Medien-Kunden ein, wenn er nicht in Beugehaft landen will).

Erste Zeichen in Richtung einer nicht hemmungslos wuchernden Gebühreneinnahme-Maschinerie ergaben sich ausgerechnet jüngstens in Sachsen-Anhalt:

Die ziemlich bunte Landesregierung unter Reiner Haseloff jedenfalls stoppte - zum heillosen Entsetzen der öffentlich-rechtlich wohldotierten Führungsebene - die Erhöhung der

Rundfunkgebühren. Vorneweg - sonst sehr selten im nationalen Bereich - ausgerechnet Sachsen-Anhalt, das sich dem ewigen Kreislauf von Mehrkosten (u.a. für exorbitante Gehälter für gleichsam unkündbare und bestens altersversorgte Mitarbeiter) und automatischer Gebührenerhöhung entziehen wollte.

Die Sache wird nun hochpolitisch: Legitimieren die Wähler zum Beispiel am kommenden 6.Juni, wenn die Landtagswahl ansteht, den Kurs des mutigen Premiers Haseloff? Macht sich die ohnedies dem öffentlich-rechtlichen System spinnefeindliche AfD noch breiter als bisher? Kommt die schwachbrüstige CDU noch so eben über die Ziellinie?

Auf Bundesebene prellt jetzt die FDP vor - entgegen einer beredten Gegenrede des um seine Position fürchtenden Parteichefs Lindner setzten die „Jungen Liberalen“ auf dem Wahl-Parteitag eine Forderung im FDP-Wahlprogramm durch: Reform des in heutiger Form völlig überholten und völlig überbeuerten Systems der Öffentlich-Rechtlichen.

Schaut man sich die Zahlen an, wird dem neutralen Beobachter schwindlig: Sachsen-Anhalt als relativ - auf Bundesebene übertragen - unbedeutendes, kleines Land leistet sich einen Sender mit (Ende 2018) fast 2100 fest Angestellten und nahezu 1600 freien Mitarbeitern - mit knapp 200 Millionen (!) Euro Rückstellungen für Pensionen.

Wofür indes offenbar Kraft, Mut und vielleicht auch die entsprechende Intellektualität fehlen - für eine Umsetzung des streng verpflichtenden MDR- Staatsvertrages. Bisweilen meint der Laie, in Leipzig kenne oder lese man den eigenen Staatsvertrag allenfalls zu Jubiläen, aber nicht in der Sache. So verpflichtet beispielsweise Paragraf 6, Ziffer 3, des Staatsvertrages den MDR: „Die Sendungen des MDR haben den Belangen aller Bevölkerungsgruppen, auch der Minderheiten, Rechnung zu tragen“. Und in Paragraf 8 heißt es wörtlich: „Der Sender hat die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten.“

Und sie im Programm zu spiegeln - was sonst?

Vom „antisemitischen“ Kugelschreiber für den Bundespräsidenten bis zum FDP-Wahlprogramm - ein „weites Feld“, sagt der alte Briest bei Theodor Fontane, dem Ur - Märker.

Finale Grande!

Im Sinne aller unserer jüdischen, von den aktuellen Ereignissen heimgesuchten Mitbürger:

ZACHOR - erinnern wir uns!

Und kämpfen wir gegen das Vergessen!

(Artikel 6)

Fazit

HOHES HAUS,
sehr geehrte Damen und Herren!

Nehmen Sie sich bitte die Zeit und die Muße, um diese Dokumentation zu lesen und zu bearbeiten. Die Beiträge sprechen für sich.

Zum Schluß möchte ich Ihnen ein Zitat von Jacques Schuster vorlegen, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. Anlässlich des Prozesses gegen den Attentäter von Halle im Magdeburger Gerichtsgebäude sprach er - bei Gelegenheit der Einweihung der Gedenktafel an der Hallenser Synagoge - in bewegenden Worten über die Zeugen der Gerichtsverhandlung, die dem niedrigen Antisemitismus des Täters ihre Würde und Selbstachtung entgegensetzten:

„Wir erlebten Menschen, die um ihr Leben fürchten mußten, die geliebte Menschen verloren haben. Doch sie stehen aufrecht vor dem Täter, mutig und klug. Sie sind bereit, diesem Verbrechen tiefe Mitmenschlichkeit entgegenzusetzen. Sie treten füreinander ein - unabhängig von ihrer Religion oder ihrer familiären Herkunft.“

Und er schloß mit den Worten: „Die Opfer des Anschlags werden wir nie vergessen!“

Denn: Nie vergessen, was unvergeßlich ist!

Z A C H O R!

Wir danken dem Deutschen Journalisten Verband DJV, Landesverband Berlin-Brandenburg, für die Unterstützung und Zusammenarbeit.

Einen besonderen Gruß mit dem Ausdruck des höchsten Respektes richten wir an

Bärbel Jacob

und

Christel Cohn-Vossen

Quellenverzeichnis

Artikel 1,

Eberhard Löblich, TAZ - die Tageszeitung, 14. Dezember 1994

Artikel 2,

Siegfried Zimmermann, DJV - Deutscher Journalisten Verband, 09. Oktober 2020

Artikel 3,

Hans Werner Conen, HaOlam, 25 Oktober 2020

Artikel 4,

Peter A. TÜTH, HaOlam, 12 Januar 2021

Artikel 5,

Karl-Hermann Schaarschmidt, DJV, 09. Oktober 2020

Artikel 6,

Heinrich Maria Unmuth zu Hohenwald, HaOlam, 23. Mai 2021

Herausgeber

Deutsch-Israelisches Nachrichtenmagazin HaOlam

edition.HaOlam.de

Nachrichten für Israel, Deutschland und die Welt



Unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Spenden an den gemeinnützigen Trägerverein von haOlam.de können von der Steuer abgesetzt werden.



Oder Nutzen Sie unseren Spenden-Shop und suchen Sie sich aus wofür Sie Spenden. <https://shop.haOlam.de>

Wir bedanken uns bei allen Spendern für die Unterstützung!